

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion  
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Gegen das Vergessen – Gedenkstättenbesuche in der Schule als Mahnung für die Zukunft verbindlich einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Terrorangriff auf Israel vom 7. Oktober 2023, bei dem die Hamas unschuldige Zivilisten ermordet, ganze Familien ausgelöscht und Geiseln verschleppt hat, hat die menschenverachtende Brutalität dieser islamistischen Terrorgruppe offengelegt. Seit diesem Ereignis sehen wir hier bei uns in Deutschland Judenhass und israelbezogenen Antisemitismus auf einem seit Jahrzehnten nicht dagewesenen Niveau. Diese Entwicklung ist sowohl auf einen zunehmend offenen und gewalttätigen Antisemitismus in rechtsextremistischen und islamistischen Milieus als auch auf einen relativierenden Umgang und vermehrt israelbezogenen und links-antiimperialistischen Antisemitismus zurückzuführen. Das ist zutiefst beunruhigend.

Deutschland trägt vor dem Hintergrund der Shoah eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir müssen auf Antisemitismus hinweisen, vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weder allein in staatlicher Hand liegen noch ausschließlich den Jüdinnen und Juden in Deutschland auferlegt werden kann. Insbesondere Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in unserer Gesellschaft kein Platz ist.

Um unserer besonderen Verantwortung vor dem Staat Israel und allen Jüdinnen und Juden gerecht zu werden, müssen wir sicherstellen, dass auch zukünftige Generationen sich kritisch mit der deutschen Geschichte auseinandersetzen. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit ist unerlässlich, um junge Menschen vor den Gefahren von Rassismus, Extremismus und Antisemitismus zu sensibilisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die theoretische Behandlung im Schulunterricht ist dafür unverzichtbar, sie reicht jedoch nicht aus. Um die Erinnerung an die Shoah wachzuhalten, sollte insbesondere die Arbeit der Gedenkstätten und Erinnerungseinrichtungen wesentlich stärker in den Schulunterricht eingebunden werden.

Der Besuch einer Gedenkstätte oder eines ehemaligen Konzentrationslagers bietet eine einzigartige Möglichkeit, Geschichte emotional und unmittelbar erfahrbar zu machen. Durch die direkte Konfrontation mit authentischen Orten lässt sich Schülerinnen und Schülern die Dimension der historischen Verantwortung Deutschlands in einer Weise veranschaulichen, die im Klassenzimmer in dieser Form nicht vermittelbar ist.

In einer Zeit, in der antisemitische, rassistische und extremistische Tendenzen leider zunehmen, ist es umso wichtiger, junge Menschen frühzeitig zu sensibilisieren. Ein verpflichtender Gedenkstättenbesuch als fester Bestandteil der schulischen Bildung ist ein entscheidender Schritt, um die historische Verantwortung Deutschlands für die Shoah wachzuhalten und jungen Menschen ein tiefes Verständnis für die Bedeutung von Demokratie und Toleranz zu vermitteln.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf:

- Durch verbindliche Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass alle saarländischen Schülerinnen und Schüler, mit ausführlicher Vor- und Nachbereitung, mindestens einmal im Laufe ihrer Schulzeit, eingebettet in den Unterricht, eine Gedenkstätte oder ein Konzentrationslager der NS-Zeit besucht haben.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.